



## AUTOR



**Prof. Dr. Thomas Straubhaar**  
Direktor des HWWI und Profes-  
sor an der Universität Hamburg  
Tel: 040 - 34 05 76 - 100

## GESELLSCHAFT

### Die Glaubenskriege kehren nach Deutschland zurück

Es ist paradox: Der Glaube an Gott und die Religion verlieren hierzulande seit Jahrzehnten an Bedeutung. Trotzdem kehren Glaubenskriege mit Wucht nach Westeuropa zurück. Das treibt die Kosten für die innere Sicherheit nach oben und macht das internationale Geschäft komplexer und damit teurer. Beides zusammen verdüstert die Zukunftsaussichten.

In Deutschland gehen sowohl Kirchenmitgliedschaft und Kirchengang als auch der Glaube an Gott stetig zurück. Bezeichneten sich 1970 weniger als vier Prozent aller in Westdeutschland wohnenden Erwachsenen als konfessionslos, waren es im wiedervereinigten Deutschland im Jahr 1990 rund ein Viertel, und heute sind es über ein Drittel. Gemäß dem Datenreport 2013 des Statistischen Bundesamtes gehörten 1991 elf Prozent der west- und 65 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung keiner Religionsgemeinschaft an. 2012 waren es bereits 18 Prozent im Westen und 68 Prozent im Osten.

Zusammengefasst „schreitet in Westdeutschland die freiwillige Säkularisierung eher voran, als dass sie zurückgeht. Die Konfessionen verlieren leicht an Mitgliedern, die Kirchen leicht an Besuchern, die christlichen Überzeugungen leicht an Anhängern; ... Von einer Wiederkehr der Religion kann also in keinem Landesteil die Rede sein“ – soweit die klaren Ergebnisse des Datenreports 2013. Ähnliche Ergebnisse zeigen sich in den meisten anderen westeuropäischen Staaten.

Kirchen spielen in Westeuropa für das eigene Leben kaum mehr eine Rolle. Sie werden höchstens noch für sozial Schwache als wichtig erachtet. Glaube und Religion sind out. Säkularisierung und Individualisierung sind in. Atheismus und der Besuch von Massenveranstaltungen aller Art – von Public Viewing bis zur Street Parade – treten anstelle von Gottesglaube und Kirchengang.

Trotz schwindender Bedeutung der Religion hierzulande kehren Glaubenskriege durch die Hintertür nach Westeuropa zurück. Denn andernorts in der Welt dominieren Religionskonflikte weiterhin den Alltag. Mit brutaler Gewalt prallen alte Gegensätze aufeinander. Die sunnitischen Islamisten der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) haben angekündigt, alle Jesiden zu ermorden, die nicht zum Islam konvertieren. Der Nahost-Konflikt, momentan mit einer Eskalation im Gazastreifen, beherrscht seit Monaten die Nachrichtenlage. Die Nachwehen des islamischen Frühlings in Nordafrika, Mali oder Kenia, vor allem aber auch der Bürgerkrieg in der Ukraine, der neben anderen ebenso religiöse Ursachen hat, liefern genügend weitere abschreckende Beispiele dafür, wie nahe der blutige Kampf der Religionen den aufgekärten, liberal geprägten westeuropäischen Gesellschaften ist.

Neu ist, dass Internet und soziale Medien Bilder und Nachrichten in der Ferne tobender Glaubenskriege ungeschminkt und in Echtzeit in die Häuser der friedensverwöhnten Westeuropäer übertragen. Auch

ganz weit weg, ist man ganz nahe und allgegenwärtig dabei. Was in Mossul, im Gazastreifen oder der Ostukraine geschieht, ist genauso schnell weltweit auf Smartphones und Tablets erkennbar wie in den Kommandozentralen in Kiew oder Tel Aviv.

Die Globalisierung mit ihrer weltumspannenden Kommunikation führt dazu, dass sich Glaubenskonflikte mit rasender Geschwindigkeit von einer Region zur nächsten verbreiten können. Die größere räumliche Mobilität und die dadurch entstandene Multikulturalität (west-)europäischer Gesellschaften verstärken den Effekt, dass – wenn es um Religion und Glauben geht – Konflikte aus der weiten Ferne zu Problemen in der Nachbarschaft werden.

So spiegeln sich Glaubenskonflikte aus fernen Welten unmittelbar in religiös motivierten Auseinandersetzungen in westeuropäischen Städten wider. Was im Nahen Osten passiert, lässt sich nicht mehr lokal isolieren. Twitter, Flashmob und Shitstorm ermöglichen eine Mobilisierung von Gewalt und Gegengewalt in Westeuropa – weit weg vom Herd des Ausbruchs. Hierzulande längst überwunden geglaubte Religionskonflikte kehren durch den Hintereingang auf Europas Straßen zurück. Spätestens seit den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Jesiden und Sympathisanten der Terrorgruppe Isla-

mischer Staat (IS) in Herford hat der Glaubenskrieg nun auch Deutschland erreicht.

Westliche Karikaturisten erhalten Morddrohungen. Hiesige Filmemacher, die über die Situation von Andersgläubigen in der Türkei oder im Nahen Osten aufklären wollen, müssen um ihr Leben fürchten. Deutsche Journalisten, die kritisch über den islamischen Frühling berichten, werden bedroht. Ein Fußballteam aus Israel muss ausgeladen werden, weil die Sicherheit der Spieler nicht mehr gewährleistet werden kann. Glaubenskriege von anderswo führen hierzulande dazu, dass fundamentale Grundrechte, Menschen- und Bürgerrechte, Presse- oder Meinungsfreiheit gefährdet sind.

Die Ohnmacht gegenüber wüsten Drohungen religiöser Eiferer wiederum erzeugt in der Mehrheitsgesellschaft Wut, Unverständnis und verführt zu Gegenprovokation. Auf Konflikt angelegte „Wir gegen die anderen“-Gefühle werden geschürt. Das ist der Nährboden auf dem Konflikt, Nationalismus und Protektionismus gedeihen.

Die Rückkehr der Glaubenskriege nach Westeuropa wird hierzulande zunehmend Kräfte binden, die an anderer Stelle für anderes fehlen werden. Wenn selbst Fußball-Freundschaftsspiele von einer Armada von Sicherheitskräften geschützt werden müssen, um zu verhindern, dass Sportanlässe

für religiös motivierte Protestaktionen oder gar gewalttätige Auseinandersetzungen missbraucht werden, verspricht das für Wohlstand und Beschäftigung nichts Gutes.

Die Rückkehr der Religion als Herd für Konflikte und Gewalt auch in (West-)Europa wird die Kosten des Zusammenlebens erhöhen. Misstrauen und Spannungen werden zunehmen. Die Ausgaben für die innere Sicherheit und für den Schutz von Meinungs- und Glaubensfreiheit werden steigen.

Wie durch alle Grenzen werden durch religiöse Gräben die internationale Arbeitsteilung, die Kosten minimierende Spezialisierung und der Wohlstand fördernde weltweite Austausch von Gütern, Dienstleistungen, Wissensträgern, Fach- und Führungskräften gebremst. Offene Märkte bedingen ein Mindestmaß an Vertrauen, gegenseitigem Verständnis und Rechtssicherheit. Sie sind durch eine Eskalation von Gewalt, Willkür und Terror gefährdet.

Das alles wird mit dazu führen, dass die kommenden Jahre schwieriger werden als die vergangenen – politisch und gesellschaftlich und damit auch wirtschaftlich. Keine guten Nachrichten für die Zukunft der Globalisierung, von der kaum eine andere Region so stark profitiert hat wie Westeuropa.

*Dieser Beitrag erschien am 12. August 2014 auf „Die Welt“ ([www.welt.de](http://www.welt.de)).*